



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2013 - 2016

18. Sitzung

Dienstag, 1. Dezember 2015, 18.00 – 20.45 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Ruth Schäfler (FDP)

Anwesend 30 Mitglieder

Entschuldigt

Anwesend Stadtrat 5 Mitglieder

Entschuldigt

Traktanden

18.01 Voranschlag und Steuerfuss 2016

18.02 Informatik Schule (Oberstufe), Einsetzung VBK

18.01**Voranschlag und Steuerfuss 2016**

Grundlagen sind:

- a) der „integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2016-2020“ vom 23. September 2015;
- b) der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 23. September 2015;
- c) der Bericht und Antrag der GPK vom 27. Oktober 2015.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. *Es werden folgende Voranschläge 2016 genehmigt:*
Investitionsrechnung Stadthaushalt (Nettoinvestitionen CHF 8'080'000)
Laufende Rechnung Stadthaushalt (Ertragsüberschuss CHF 150'000)
Investitionsrechnung Stadtwerke (Nettoinvestitionen CHF 9'684'000)
Erfolgsrechnung Stadtwerke (Ertragsüberschuss CHF 1'198'400)
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2016 werden wie folgt festgelegt:*
Gemeindesteuer 126 % (wie bisher)
Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)

A) Eintretensdiskussion:

Markus Mauchle, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, verliest deren Bericht:

*„Sehr geehrte Frau Parlamentspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren*

1.0 Finanzamt

Herr Heinz Loretini und Herr Urs Peter haben mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den IAFP 2016 erstellt und dem Parlament vorgelegt. Für die Erledigung der Arbeit bedanken wir uns.

1.1 Grundlage

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Voranschlag 2016 gemäss Art.4 Verordnung über den Finanzhaushalt geprüft.

2.0 Ausgangslage & Aufgaben**2.0.1 exogene Faktoren**

Die Sparpakete des Kantons St.Gallen sind umgesetzt und die Gemeinden haben ihre Strukturen den neuen Gegebenheiten angepasst. Für die Planjahre 2016-2020 könnte sich als neuer exogener Faktor die Unternehmenssteuerreform III, mit bis zu sieben Steuerprozenten, belastend auf den Stadthaushalt auswirken.

2.0.2 Inneres / Finanzen / Kultur

Bei einer allfälligen Vereinigung der Gemeinde Andwil mit der Gemeinde Gossau, würden im nächsten und den folgenden Jahren umfangreiche Arbeiten anfallen. Im Sinne der besagten Effizienz-Steigerung bleibt zu hoffen, dass die personellen Dotierungen für die Bewältigung der Aufgaben genügen. Im Weiteren werden das Finanzamt und die Öffentlichkeitsarbeit gefordert sein, wenn die Finanzierung des Masterplans für die Sportanlagen gesichert werden sollte und eine objektive und proaktive Kommunikation stattfinden sollte. Die Stadtentwicklung muss im Rahmen des revidierten Raumplanungsgesetzes optimale Bedingungen für die Wohnbevölkerung und die Wirtschaft schaffen. Insbesondere der Wirtschaftsraum Gossau ist darauf angewiesen, dass die Stadt-

entwicklung zielführend und speditiv arbeitet. Die weiteren Ämter des Inneren arbeiten gemäss ihren gesetzlichen Vorgaben in pflichtbewusster Weise.

2.0.3 Bildung / Sport

Bei der Bildung wird der Lehrplan 21 massgebliche Veränderungen mit sich bringen. Als grösste Veränderung wird die zunehmende Bedeutung der Informatik gewertet. Diese Veränderung bedingt Investitionen auf allen Stufen und diese werden eine Kostensteigerung herbeiführen. Zudem ist mit der Umsetzung des neuen Berufsauftrages, mit einer Kostensteigerung von rund 2 % der Lohnsumme zu rechnen. Obwohl das Erziehungsdepartement des Kantons St. Gallen einen Mehraufwand verneint hatte.

2.0.4 Bau / Umwelt / Verkehr

Bauadministration

Im 2016 wird die Ausnützungsziffer aufgehoben. Das neue Planungs- und Baugesetz wird eine Überarbeitung des Baureglements zur Folge haben.

Facility Management

Die bestehenden Gebäude und Anlagen sind trotz altersbedingten Defiziten, nach den aktuellen Sicherheitsbestimmungen zu betreiben. Diese Umstand stellt ein hohes Mass an Kompetenz voraus, insbesondere da die Unterhaltskosten möglichst zielgerichtet eingesetzt werden sollten.

Hoch-Tiefbauamt

Im kommenden Jahr wird vorwiegend geplant und projektiert für die Projekte, welche in den folgenden Jahren umgesetzt werden.

Desinvestitionen

Aus strategischen Überlegungen wurden in der Vergangenheit diverse Liegenschaften und Grundstücke gekauft. Eine neue Lagebeurteilung könnte Desinvestitionen initialisieren.

2.0.5 Versorgung / Sicherheit

Die Stadtwerke werden im nächsten Jahr die Rechtsform einer selbständig öffentlichrechtlichen Unternehmung beantragen. Das Marktumfeld fordert jedoch nicht nur eine rechtliche Anpassung, vielmehr ist unternehmerisches Denken und Handeln gefordert. Am Projekt FTTH wird sich zeigen, ob die Stadtwerke erfolgreich ihre Dienstleistungen vermarkten können. Der Sicherheitsverbund hat sich bis dato vom Malik-Prozess fern gehalten. Das Budget zeigt auf, dass jährliche Reservebezüge zu einem ausgeglichenen Ergebnis beitragen. Der Sicherheitsverbund sollte jedoch durch die Zusammenlegung der örtlichen Organisationen, erhebliches Optimierungspotential aufweisen. Eine Erhöhung der Abgaben wäre unter diesen Umständen nicht gegeben.

2.0.6 Jugend / Alter / Soziales

Die Migration und das Asylwesen werden künftig alle Beteiligten, wie die Behördenmitglieder, die Mitarbeitern der Stadt Gossau und die Bevölkerung vor grosse Herausforderungen stellen. Es wird essentiell sein, dass die Kantonalen Programme möglichst effektiv genutzt werden, damit die migrierten Personen bestmöglich integriert werden können. Oberste Priorität muss sein, die geförderten Personen möglichst in den Arbeitsprozess zu integrieren. Wenn dieses Ziel verfehlt wird, schaffen wir unter Umständen neue Sozialbezügler.

3.0 Schlussfolgerung

Jedes der fünf Ämter der Stadt Gossau wird im 2016 seine differenzierten Problemstellungen und Aufgaben zu bewältigen haben. Der Malik-Prozess und die spezifischen Kompetenzen der Mitarbeiter der Stadt Gossau, werden eine erfolgreiche Bewältigung der Aufgaben gewährleisten.

4.0 Anträge

1. Eintreten

Die GPK beantragt auf die Voranschläge des Stadthaushaltes und der Stadtwerke einzutreten.

5.0 Beschlussfassung

1 Die Voranschläge für das Jahr 2016 der Stadtwerke mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'198'400.00 und des städtischen Haushaltes mit einem Ertragsüberschuss von CHF 150'000.00 werden genehmigt.

2. Die Investitionsrechnung der Stadt Gossau mit einer Nettoinvestition von CHF. 8'080'000.00 und die Investitionsrechnung der Stadtwerke Gossau mit einer Nettoinvestition von CHF. 9'684'000.00 werden genehmigt.

3. Die Steuersätze für das Jahr 2016 werden wie folgt festgelegt:

Gemeindesteuer 126.0 % (wie bisher)

Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)

6.0 Verdanken

Die Geschäftsprüfungskommission dankt im Voraus den Behörden, Kommissionen und allen Mitarbeitenden, die sich im Jahr 2016 engagiert für die Stadt Gossau einsetzen werden.“

Hans Hälg (SVP) stört sich daran, dass dem Entlastungsprogramm 2013 nicht nachgelebt wird. Dort wurden verschiedene Kosteneinsparungen beschlossen. Weitere wesentliche Einsparungen sind möglich, ohne dass die Lebensqualität beeinträchtigt wird. Verschiedene Konti sehen grosse Mehraufwände vor, auch die Personalkosten und die Informatikkosten steigen an. Diese Finanzentwicklung ist erschreckend. Defizite müssen möglichst verringert werden, und bei den Ausgaben ist Mass zu halten im Sinne des Malik-Berichtes. Er beantragt Eintreten.

Felix Koller (FDP) ist froh über die budgetierte schwarze Null. Der IAFP ist nochmals besser geworden. Die Fraktion ist mit dem Ausblick auf das nächste Jahr zufrieden. Der Blick in die Zukunft ist aber getrübt, die prognostizierten Ausgabenüberschüsse sind hoch. Die Gewinnablieferung der Stadtwerke dürfte künftig schwieriger zu erreichen sein. Ohne Einsparungen oder Mehreinnahmen ist eine Steuererhöhung nötig, dies muss mit Korrekturmassnahmen verhindert werden. Der Verschuldung ist hohe Beachtung zu schenken. Das Parlament hat sich für die Realisierung von Sportstätten im Rahmen von 63 Mio. ausgesprochen. Angesichts der Prognosen sind keine Detailsparungen, sondern grundsätzliche Anträge stellen. Der Stadtrat soll Einsparungen proaktiv angehen. Er beantragt Eintreten.

Florian Kobler (SP) bedankt sich für den übersichtlichen IAFP. Grosse Sparbrocken sind nicht mehr zu finden. Die Erwartungen der Gesellschaft sind gestiegen, Leistungsabstriche werden nicht geschätzt. Die Stimmbevölkerung stellt sich zunehmend hinter Infrastrukturprojekte. Gossau soll vorankommen, aber das kostet etwas. Zu lange wurde zu wenig investiert. Die SP wird Anträge, welche auf Kosten der Standortqualität gehen, ablehnen. Die Fraktion ist für Eintreten.

Roman Steiger (CVP) dankt für den detaillierten IAFP. Die Aufgabenüberprüfung 2013 wurde teilweise schon wieder rückgängig gemacht (z.B. Winterdienst, Beitrag GoZ, amtliche Publikationen). Trotz der eher düsteren wirtschaftlichen Aussichten unterstützt er die Investitionen in die Sportanlagen. Er stört sich an den kurzfristig im Vorfeld der Sitzung angekündigten Kürzungsanträgen aus den Fraktionen. Er beantragt Eintreten.

Stefan Harder (FLiG) beurteilt den IAFP als realistisch. Auf den ersten Blick erscheint der Anstieg der Personalkosten als hoch, er ist aber plausibel. Der Kernaufwand steigt nur gering an. Weil in den letzten Jahren kaum investiert wurde, hat sich Gossau einige Steuersenkungen gegönnt. Nun holt uns die Realität wieder ein. Zu denken gibt der Zustand des Rathauses, welcher im IAFP als mangelhaft beschrieben wird. Gossau ist nicht auf dem Weg zu einer Steuerhölle. Die Fraktion ist für Eintreten.

B) Detaildiskussion Laufende Rechnung Stadthaushalt (Weisser Teil IAFP)

In diesem Teil können Anregungen mit Begründungen zu den einzelnen Sachbereichen geäußert und entsprechende Anträge deponiert werden. Über die angekündigten Anträge wird abgestimmt bei der Detailberatung der betroffenen Konti (gelber Teil IAFP)

Zu Ziffer 6 Stellenentwicklung (Seite 11 IAFP)

Felix Koller (FDP) wehrt sich gegen die zusätzliche Stelle im Unterhaltsdienst. Dienstleistungen sollen vermehrt im Gossauer Gewerbe eingekauft werden, dies ist günstiger als die Aufstockung des Stellenplanes der Stadt. Er stellt folgenden Antrag:

Die Aufstockung Unterhaltsdienst im Tiefbauamt (vgl. Stellenplan Seite 11 IAFP) ist zu streichen. Dem entsprechend ist das Konto 1621.3011 auf Seite 188 um CHF 100'000 zu reduzieren.

Remo Schelb (SVP) stellt folgenden Antrag:

Stadtwerke: Reduktion der Planstellen von 32.5 auf 31.3 Stellen.

Stadtwerke Konto Nr. 50000 Löhne und Lohnzulagen Reduktion um CHF 84'000 inkl. prozentuale Reduktion der Lohnnebenkosten.

Roland Seiler (SVP) sieht noch Optimierungsbedarf beim Personaleinsatz/-austausch zwischen Hoch- und Tiefbau, speziell bei einem bestimmten Mitarbeiter. Eine neue Stelle im Unterhaltsdienst kann nicht die Lösung sein. Spitzenbelastungen können an das örtliche Gewerbe abgetreten werden. Aus diesen Gründen wird die Schaffung einer neuen Stelle im Tiefbauamt abgelehnt.

Florian Kobler (SP) wundert sich über die Kompetenz der SVP zur Stellenüberprüfung. Wenn eine zusätzliche Person im Unterhaltsdienst benötigt wird, hat dies seine Begründung.

Stadtrat Stefan Lenherr verteidigt die Stelle im Unterhaltsdienst. Ein Einkauf von Leistungen kommt unter dem Strich nicht günstiger. Die Erfahrungen im Facility Management zeigen dies. Der Aufgabenkreis des Unterhaltsdienstes steigt. Der Aufwand wegen Littering hat sich verdreifacht. Neu werden auch Samstags- und Sonntagsreinigungen durchgeführt. Solche Dienstleistungen sind von der Privatwirtschaft nicht günstig zu erhalten. Vor zwei Jahren wurde im FM eine 70%-Stelle abgebaut. Er beantragt Ablehnung des Streichungsantrages.

Zu IV. Finanzentwicklung (Seite 13 IAFP)

Hans Hälgi (SVP) verweist auf den klaren Sparauftrag. Die Teuerung beträgt minus 1.1 %. Der Stadtrat rechnet aber mit einer Lohnkostensteigerung um 1 %. Eine Lohnerhöhung hat auch Auswirkungen auf alle Folgejahre und steht im Widerspruch zum Sparauftrag. Auf individuelle Lohnerhöhungen soll verzichtet werden. Er beantragt:

Die individuelle Lohnanpassung ist auf CHF 50'000 zu beschränken.

Zu A1 Inneres Finanzen Kultur

Florian Kobler (SP) verweist auf die dramatische Flüchtlingssituation. Ein reiches Land kann finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Er stellt den Antrag für humanitäre Hilfe von CHF 10'000 (Konto 1590).

Zu A2 Bildung Sport

2020 Kindergarten

Alfred Zahner (FLiG) diskutiert zum Bereich Kindergarten. In dieser anspruchsvollen Stufe ist die durchschnittliche Kinderzahl mit 20.6 Kindern am höchsten. Er möchte weiterführende unterstützende Massnahmen auf der Kindergartenstufe. Dieses im Kindergarten eingesetzte Geld erspart aufwändige Massnahmen in den oberen Stufen. Er stellt folgenden Antrag zu Kontogruppe 1211: *Der Betrag wird um CHF 50'000 Franken erhöht.*

Schulpräsident Urs Blaser antwortet auf den Antrag. Der Schulrat konnte sich bis heute nicht damit befassen. Das Departement Bildung hat aus der Entlastungsmassnahme 2013 den Auftrag für die Schliessung eines Kindergartens erhalten, dies führte zur hohen durchschnittlichen Kinderzahl. Aktuell beträgt diese Zahl 18.8 Kinder. Der Schulrat hat Klassenassistenten eingeführt, und die Situation ist heute gut. Zusätzliches Geld muss nicht investiert werden.

2130 Beiträge und Schulgelder

Silvia Galli-Aeppli (FDP) verweist auf die geplante Erhöhung der Schulgelder an die Mädchensekundarschule. Der Elternbeitrag in dieser Privatschule beträgt lediglich CHF 500. Somit ist diese Schule eine öffentlich finanzierte Privatschule. Der Schule Gossau entstehen Mehrkosten, weil die Mädchensekundarschule keine Realschule führt. Sie stellt folgenden Antrag zu Konto 12199.3524:

Reduktion des Beitrages von CHF 1'411'000 um CHF 41'500, bei budgetierten 83 Schülerinnen bzw. die Reduktion des Schulgeldes der Stadt Gossau von CHF 17'000 auf CHF 16'500.

Erwin Sutter (FLiG) nimmt Stellung. Die Schulkosten in der Mädchensekundarschule liegen mit CHF 19'330 tiefer als in der öffentlichen Schule. Der Schulgeldbeitrag der Stadt Gossau beträgt seit etlichen Jahren CHF 15'500. Die Differenz wird teilweise durch Elternbeiträge und durch Beiträge der Kirche gedeckt. Die Stadt Gossau kann Kosten einsparen mit der Beschulung in der Mädchensekundarschule.

Monika Gähwiler (SP) hat den Antrag auf Erhöhung des Schulgeldbeitrages eingehend geprüft. Der Antrag ist berechtigt. Der Weiterbestand dieser Schule ist auf die Beiträge angewiesen. Würde die Schule aufgegeben, wäre die Mehrbelastung für die Stadt hoch, 120 zusätzliche Schülerinnen müssten beschult werden. Die Mädchensekundarschule ist ein Beitrag an das gute Schulangebot in Gossau, dieser Wert soll beibehalten werden. Der budgetierte Betrag wird unterstützt.

Norbert Hug (CVP) hat den Antrag auf Erhöhung ebenfalls geprüft aufgrund der Unterlagen des Schulrates. Die Stadt Gossau hat mit der Mädchensekundarschule eine günstige Oberstufe und könnte die zusätzlichen Schülerinnen gar nicht selbst beschulen. Zwischen den Schulen soll geprüft werden: Gemeinsame Nutzung von Schulräumen, gemeinsame Informatikbeschaffung, Zusammenarbeit Schulräte, Aufnahme Realschülerinnen in der Mädchensekundarschule? Die Fraktion stimmt der beantragten Erhöhung zu.

Désirée Baldegger (SVP) wird eine Schulgelderhöhung um CHF 1000 statt CHF 1500 unterstützen. Die Kosten der Mädchensekundarschule dürfen nicht 1:1 mit denen einer öffentlichen Schule verglichen werden. Die Schülerschaft ist in der privaten Schule viel homogener. Wenn in der Mädchensekundarschule die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken, ist die Erhöhung des Elternbeitrages eine Alternative.

Zu A3 Bau Umwelt Verkehr**3030 Verwaltungsliegenschaften**

Stefan Harder (FLiG) stört sich an den erwähnten Sicherheitsrisiken im Rathaus und ersucht den Stadtrat um Auskunft.

Stadtrat Stefan Lenherr erwähnt für das Rathaus Defizite bei Erdbebenschutz, Brandschutz, Fluchtweg, Einbruchschutz. Einzelmassnahmen würden erhebliche Kosten verursachen. Die Abklärungen, wie weit die heutige Bausubstanz noch weiter verwendet werden kann, werden fortgesetzt nach der Abstimmung über die Gemeindevereinigung.

Zu A4 Versorgung Sicherheit

Es wird keine Diskussion gewünscht.

Zu A5 Jugend Alter Soziales

Es wird keine Diskussion gewünscht.

C) Detailberatung Laufende Rechnung Stadthaushalt (gelber Teil IAFP)**10 Bürgerschaft Behörden Verwaltung****Konto 1040 und weitere (Antrag Hans Hälg SVP)**

Die individuelle Lohnanpassung ist auf CHF 50'000 zu beschränken.

Stadtpräsident Alex Brühwiler hat ins Budget 1 % eingesetzt, was rund CHF 100'000 ausmacht. Der Stadtrat will nicht automatisch die Lohnentscheide des Kantons übernehmen. In Anbetracht des Gesamtaufwandes ist die Erhöhung gerechtfertigt. Das durchschnittliche Lohnniveau in Gossau ist tiefer als in der Stadt und im Kanton St.Gallen, was sich bei Rekrutierungen jeweils zeigt. Die Lohnzufriedenheit der Mitarbeitenden ist relativ tief.

Abstimmungsergebnis	14 Ja	15 Nein	1 Enthaltung
---------------------	-------	---------	--------------

11 Öffentliche Sicherheit

Es werden keine Anträge gestellt.

12 Bildung**Kontogruppe 1211 Kindergarten (Antrag Alfred Zahner FLiG)**

Der Betrag wird um CHF 50'000 erhöht.

Abstimmungsergebnis	7 Ja	23 Nein	0 Enthaltungen
---------------------	------	---------	----------------

Konto 12199.3524 Schulgelder Mädchensekundarschule (Antrag Silvia Galli-Aepli)

Reduktion des Beitrages von CHF 1'411'000 um CHF 41'500, bei budgetierten 83 Schülerinnen bzw. die Reduktion des Schulgeldes der Stadt Gossau von CHF 17'000 auf CHF 16'500.

Abstimmungsergebnis	13 Ja	17 Nein	0 Enthaltungen
---------------------	-------	---------	----------------

13 Kultur und Sport**Konto 1300.3180 Veranstaltungen Kultur**

Markus Rosenberger (SVP) hält fest, dass hier CHF 20'000 für ein Kulturgüterarchiv budgetiert sind. Er beantragt, einen Beitrag von CHF 10'000 einzusetzen statt CHF 20'000, damit als erstes ein Konzept erstellt werden kann.

Stadtpräsident Alex Brühwiler sieht dieses Projekt auch als Wertschätzung gegenüber Personen, welche der Stadt Schenkungen machen. Er beantragt, den budgetierten Betrag beizubehalten.

Abstimmungsergebnis	10 Ja	19 Nein	1 Enthaltung
---------------------	-------	---------	--------------

14 Gesundheit

Es werden keine Anträge gestellt.

15 Soziale Wohlfahrt**Konto 1590 Humanitäre Hilfe (Antrag Florian Kobler SP)**

Im Konto 1590 werden CHF 10'000 eingestellt.

Abstimmungsergebnis	11 Ja	17 Nein	2 Enthaltungen
---------------------	-------	---------	----------------

16 Verkehr**Konto 1621.3011 Löhne, Sozialzulagen (Antrag Felix Koller FDP)**

Die Aufstockung Unterhaltsdienst im Tiefbauamt (vgl. Stellenplan Seite 11 IAFP) ist zu streichen. Dem entsprechend ist das Konto 1621.3011 auf Seite 188 um CHF 100'000 zu reduzieren.

Stadtrat Stefan Lenherr beantragt, den Antrag abzulehnen. Der Versuch mit der Auslagerung der Reinigung Buechenwaldhalle ist negativ verlaufen.

Abstimmungsergebnis	13 Ja	17 Nein	0 Enthaltungen
---------------------	-------	---------	----------------

17 Umwelt Raumordnung

Es werden keine Anträge gestellt.

18 Volkswirtschaft

Es werden keine Anträge gestellt.

19 Finanzen

Es werden keine Anträge gestellt.

D) Steuerplan

Keine Wortmeldungen.

E) Voranschlag Stadtwerke

Konto 50000 Löhne und Lohnzulagen

Remo Schelb (SVP) äussert sich zum Stellenplan der Stadtwerke. Es fehlt eine nachvollziehbare Begründung für die Erhöhung. Er erwartet eine zurückhaltende Ausgabenpolitik der Stadtwerke. Die Ausgabefreudigkeit der Stadtwerke ist zu hoch, ein ungebremster Anstieg der Lohnkosten kann nicht unterstützt werden. Er stellt folgenden Antrag:

Reduktion der Planstellen von 32.5 auf 31.3 Stellen.

Konto Nr. 50000 Löhne und Lohnzulagen Reduktion um CHF 84'000 inkl. prozentuale Reduktion der Lohnnebenkosten.

Stadträtin Gaby Krapf beantragt Ablehnung. Der Unterschied zwischen Rechnung 2014 und 2016 ist sehr gering. Die vom Stadtparlament bewilligte Stabsstelle wurde noch nicht besetzt. Die Sicherheitsnachweise der externen Kontrollstellen müssen überprüft werden. Die Aufwendungen im Mess- und Zählerwesen werden zunehmen mit der Umrüstung auf Smart-Funktion. Derzeit sind die Gleitzeitsaldi der Mitarbeitenden im E-Bereich hoch. Im E-Netz sind vermehrt Sanierungen nötig. Im Bereich der zentralen Dienste steigen die administrativen Aufwendungen wegen der Marktöffnung.

Abstimmungsergebnis	12 Ja	18 Nein	0 Enthaltungen
---------------------	-------	---------	----------------

Konto 45100 Fremdleistungen

Remo Schelb (SVP) stellt fest, dass die Kosten in diesem Konto ansteigen. Diese Kosten dürften nicht parallel den Eigenleistungen ansteigen. Es sollten zu jedem Projekt die Fremdleistungen festgelegt werden, statt einem Prozentsatz. Die anstehenden Aufgaben können auch mit einer Kürzung noch erfüllt werden. Er stellt folgenden Antrag:

Reduktion um CHF 67'000.

Stadträtin Gaby Krapf erklärt, dass das realisierbare Volumen jeweils kleiner ist als das budgetierte Volumen. 2016 wird mit den Glasfaserarbeiten ein hohes, gesichertes Investitionsvolumen hinzukommen, was vermehrt Fremdleistungen verursachen wird.

Abstimmungsergebnis	10 Ja	20 Nein	0 Enthaltungen
---------------------	-------	---------	----------------

Konto 65310 Unternehmens- und Rechtsberatung

Remo Schelb (SVP) ist erstaunt über diese Ausgabe, nachdem das Parlament 2014 eine zusätzliche Stelle bewilligt hat. Das Projekt Verselbständigung ist bereits teuer und kann mit einem geringeren Aufwand erledigt werden. Er stellt folgenden Antrag:

Reduktion um CHF 30'000.

Stadträtin Gaby Krapf begründet, dass mit der geplanten rechtlichen Verselbständigung Neuland betreten wird. Es ist wichtig, dass die zu schaffenden Grundlagen rechtlich einwandfrei sind.

Abstimmungsergebnis	12 Ja	18 Nein	0 Enthaltungen
---------------------	-------	---------	----------------

F) Beschluss des Stadtparlamentes zu Voranschlag und Steuerfuss 2016

Antrag 1 Stadtrat

Es werden folgende Voranschläge 2016 genehmigt:

Investitionsrechnung Stadthaushalt (Nettoinvestitionen CHF 8'080'000)

Laufende Rechnung Stadthaushalt (Ertragsüberschuss CHF 150'000)

Investitionsrechnung Stadtwerke (Nettoinvestitionen CHF 9'684'000)

Erfolgsrechnung Stadtwerke (Ertragsüberschuss CHF 1'198'400)

Abstimmung über Antrag 1:

Abstimmungsergebnis	29 Ja	1 Nein	0 Enthaltungen
---------------------	-------	--------	----------------

Antrag 2 Stadtrat

Die Steuersätze für das Jahr 2015 werden wie folgt festgelegt:

Gemeindesteuer 126 % (wie bisher)

Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)

Abstimmung über Antrag 2

Abstimmungsergebnis	30 Ja	0 Nein	0 Enthaltungen
---------------------	-------	--------	----------------

18.02**Informatik Schule (Oberstufe); Einsetzung VBK**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates 4. November 2015 mit folgendem Antrag:

Für die Erneuerung und Erweiterung der Informatik Oberstufe der Stadt Gossau sowie die damit zusammenhängenden Umgebungsarbeiten wird ein Investitionskredit von total CHF 528'000 inkl. MwSt. erteilt.

Das Präsidium beantragt die Einsetzung einer Vorberatenden Kommission: Es liegen folgende Vorschläge vor:

SVP	Frank Albrecht	Präsident
SP	Marlis Eeg-Blöchliger	Mitglied
FDP	Ruth Schäfler	Mitglied
CVP	Andreas Strübi	Mitglied
FLiG	Erwin Sutter	Mitglied

Beschluss des Stadtparlamentes:

Die Vorberatende Kommission wird eingesetzt.

Die Präsidentin



Ruth Schäfler

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. Dezember 2015 genehmigt.